

08.11.2022 | Landwirtschaft & Umwelt

## Oliver Kumbartzky: Land muss Wildgänseproblem selbst anpacken

Zur Berichterstattung über die Bejagung von Nonnengänsen erklärt der Parlamentarische Geschäftsführer und agrarpolitische Sprecher der FDP-Landtagsfraktion, **Oliver Kumbartzky**:

„Wer alle Maßnahmen schlechtredet und nie etwas versucht, der kann am Ende nur zu dem Schluss kommen, dass es keine Lösung gibt. Eine Verweigerungshaltung oder halbherzig gestellte Anträge bei der EU sorgen aber für Frust bei denjenigen, die massiv unter der Population der Nonnengänse leiden und sogar überlegen, ihre Existenz aufzugeben. Warum lässt sich die CDU von den Grünen derart ausbremsen? An der Nordseeküste kollidieren Landwirtschaft und Umweltschutz, man darf erwarten, dass sich beide zuständigen Minister zusammensetzen und Lösungen diskutieren. Stattdessen hakt der grüne Umweltminister erleichtert das ungeliebte Thema ab, nachdem die EU seinen Antrag für Bejagung abgelehnt hat. Dabei steckt der Teufel in der Begründung für die Ablehnung: Die EU sagt nämlich, dass das Land ausreichend rechtlichen Spielraum hat, um Maßnahmen zur Regulierung der Nonnenganspopulation auf den Weg zu bringen.

Wir helfen der Regierung gerne auf die Sprünge: Das Land kann die Jagd- und Schonzeitverordnung ändern. Denkbar wäre eine Verlängerung der Jagdzeit bis mindestens 31. Januar. Aus grünen Kreisen selbst stammt die Idee, Pufferzonen für Nonnengänse einzurichten. Dafür müsste das Land das Landesnaturschutzgesetz anpassen, damit bestimmte Flächen attraktiv für Nonnengänse gemacht werden können, indem sie gemäht und gemulcht werden. Das Land sollte einen Modellversuch für Pufferzonen auf den Weg bringen. Zudem sollte die Vorlandbeweidung ausgeweitet werden, da sind wir uns übrigens einig mit der nordfriesischen CDU.

Ein ganzheitliches Gänsemanagement muss zum Ziel haben, dass Landwirtschaft und Nonnengänsen nebeneinander existieren können. Übertriebener Naturschutz darf nicht dazu führen, dass Menschen ihre Existenz aufgeben müssen. Naturschutz und Landwirtschaft dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden. Es muss aber den erkennbaren Willen der Politik geben, ein Ungleichgewicht zu Lasten der Landwirte nicht vorsätzlich weiter zu verschärfen.“



**Oliver Kumbartzky**

Sprecher für Umwelt, Landwirtschaft, Jagd, Fischerei, Energie, Klimaschutz, Verbraucherschutz und Religion

**Kontakt:**

Eva Grimminger, v.i.S.d.P.  
Pressesprecherin

Tel.: 0431 988 1488

[fdp-pressesprecher@fdp.ltsh.de](mailto:fdp-pressesprecher@fdp.ltsh.de)

FDP-Fraktion Schleswig-Holstein, Düsternbrooker Weg 70, 24105 Kiel

E-Mail: [fdp-pressesprecher@fdp.ltsh.de](mailto:fdp-pressesprecher@fdp.ltsh.de), Internet: [www.fdp-fraktion-sh.de](http://www.fdp-fraktion-sh.de)